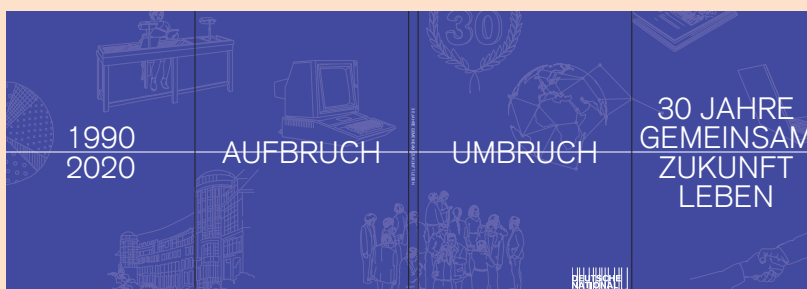


Umbruch – Aufbruch: 30 Jahre deutsche Wiedervereinigung

Im Herbst dieses Jahres hat Deutschland den 30. Jahrestag seiner Wiedervereinigung gefeiert. Ein historisches Ereignis, das auch die Arbeit in Bibliotheken nachhaltig veränderte. Welche Schwierigkeiten, aber auch welche positiven Perspektiven aus dem Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten resultierten, lässt sich an der Entstehungsgeschichte der Deutschen Nationalbibliothek beispielhaft zeigen. Die 1912 in Leipzig gegründete Deutsche Bücherei und die 1946 in Frankfurt am Main gegründete Deutsche Bibliothek wurden 1990 zu einer Institution mit zwei Standorten zusammengeführt – damals ein weit-sichtiges Modell zur Vereinigung zweier Kulturinstitutionen und eine beherzt ergriffene Zukunftsoption.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichte die Deutsche Nationalbibliothek mit dem lesens- und sehenswerten Band »Umbruch, Aufbruch – 1990-2020. 30 Jahre gemeinsam Zukunft leben« eine Publikation zum 30. Vereinigungsjubiläum – und erlaubte BuB den Nachdruck der beiden folgenden Beiträge (CC BY-SA 3.0 DE).
slh



Eine Deutsche Einheit im Kleinen

Nationalbibliothek: Warum die Zwei-Häuser-Lösung ein wichtiges Signal war und die digitale Revolution mehr noch als die friedliche von 1989 Anlass gibt, das bibliothekarische Selbstverständnis zu überprüfen / Gedanken von Wolfgang Schäuble

Am 5. April 1990 konstituierte sich die erste freigewählte Volkskammer der DDR. Es würde zugleich die letzte sein. Bei der Wahl 18 Tage zuvor hatte eine überwältigende Mehrheit der DDR-Bürger für die schnelle Verwirklichung der Deutschen Einheit gestimmt. Auch in der Bundesrepublik hatten die Planungen für die Wiedervereinigung begonnen. Nach meiner Überzeugung konnte sie nur über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gelingen, am besten auf der Grundlage eines Staatsvertrags. Wie ein solcher Vertrag aussehen würde, war zu diesem Zeitpunkt offen, zumal die Deutsche Einheit noch immer unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die vier Alliierten stand. Im Frühjahr 1990 gab es auch noch manche, die die Einheit für unvorstellbar hielten.

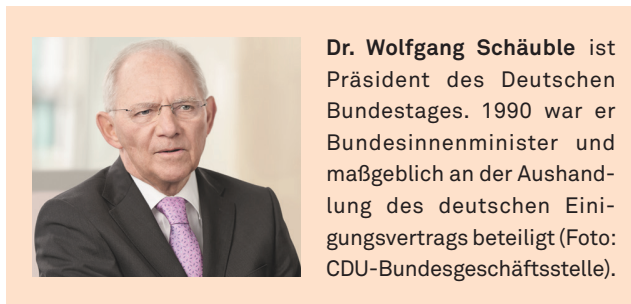
Klaus-Dieter Lehmann und Helmut Röttsch gehörten nicht dazu. Die Generaldirektoren der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main und der Deutschen Bücherei in Leipzig entwarfen an jenem 5. April 1990 die Vision einer gemeinsamen Zukunft ihrer Häuser. Ihre Erklärung sprach zurückhaltend von »Bibliotheksgemeinschaft«; darin angelegt war indes bereits eine Deutsche Einheit im Kleinen. Beide Häuser sollten bleiben, aber unter einem Dach zusammengeführt werden und sich die Arbeit teilen. Eine Lösung, die – so die gemeinsame Erklärung – »weder bevormundet noch restaurativ oder utopisch ist, sondern einfach sinnvoll«.

Nationalbibliotheken spiegeln die Geschichte ihres Landes. In Frankreich wurde im Zuge der Revolution die Königliche Bibliothek in die Bibliothèque Nationale umgewandelt.

Die bibliothekarische Sammlung des British Museum geht auf die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück. In Deutschland waren die Bemühungen der Frankfurter Nationalversammlung im Jahr 1848, eine Reichsbibliothek einzurichten, gescheitert – ebenso wie der Versuch, die deutschen Kleinstaaten zu einem Nationalstaat zu einen. Die Deutsche Bücherei entstand 1912 als Archiv des Buchhandels. Passend zur föderalen Tradition wurde sie nicht in der Reichshauptstadt Berlin errichtet, sondern in Leipzig, der Hauptstadt des Verlagswesens und des Buchdrucks.

Im Laufe der Jahre wuchs die Bücherei in die Rolle einer nationalen Bibliothek hinein – auch die Anfangsbestände der gescheiterten Frankfurter Reichsbibliothek fanden über Umwege ihren Weg nach Leipzig. Im Zuge der deutschen Teilung entstand in den Jahren 1946 und 1947 eine westdeutsche Parallelinstitution: die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main. Beide Häuser sammelten weiterhin möglichst alle deutschsprachigen Neuerscheinungen, auch über die innerdeutsche Grenze hinweg. Zwar gab es auf der Fachebene Kontakte und seit dem deutsch-deutschen Kulturabkommen von 1986 eine offizielle Kooperation. Weil sich aber der Alleinvertretungsanspruch der beiden deutschen Staaten auch auf die Kultur erstreckte, war eine Konkurrenz unvermeidlich.

Am 2. Mai 1990 stellte mir die Vorsteherin des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels Dorothee Hess-Maier die Pläne zur Zusammenführung des Frankfurter und des Leipziger Hauses vor. Ich war überzeugt, dass die Chance für eine gesamtdeutsche Nationalbibliothek gekommen war. Der Begriff



Dr. Wolfgang Schäuble ist Präsident des Deutschen Bundestages. 1990 war er Bundesinnenminister und maßgeblich an der Aushandlung des deutschen Einigungsvertrags beteiligt (Foto: CDU-Bundesgeschäftsstelle).

»Nationalbibliothek« konnte sich zwar 1990 noch nicht durchsetzen – er wurde erst im Jahr 2006 vom Deutschen Bundestag gesetzlich festgeschrieben. In der Sache aber wurde die Weichenstellung aus dem April 1990 in den Einigungsvertrag übernommen. Es entsprach unserer föderalen Tradition, beide Standorte zu erhalten, und wirkte Verlustängsten entgegen, die es nicht nur in Leipzig gab. Die Zwei-Häuser-Lösung war daher ein wichtiges Signal, das über das Bibliothekswesen hinaus wahrgenommen wurde.

Trotz gemeinsamer Sprache hatten sich die Lesekulturen in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich entwickelt. Zwar wurden einige DDR-Autoren in der Bundesrepublik von der Literaturkritik beachtet, die Bestsellerlisten aber führten westdeutsche Namen an. Die wiederum wurden im staatlich inszenierten »Leseland« DDR nicht gelesen – oder konnten nicht gelesen werden, weil sie nicht verlegt wurden. Nach der Wiedervereinigung war das Interesse der Ostdeutschen an

ANZEIGE

Missing Link | Internationale Versandbuchhandlung

Westerstrasse 114-116 | D-28199 Bremen | fon: (0421) 50 43 48 | fax : (0421) 50 43 16

Erwerbungspartner, mit denen Sie rechnen können

info@missing-link.de | www.missing-link.de

»Westliteratur« enorm. Sie stürmten die Bibliotheken, die zugleich den Verlust von Standorten und den Abbau von Personal bewältigen mussten. Nach einer Erhebung der Stiftung Lesen aus dem Jahr 1995 war die Zahl der Ausleihen im Osten seit der Einheit um rund 60 Prozent gestiegen. Das forderte auch die Bibliotheken in den alten Ländern. Der Bibliotheksverband rief zu Bücherspenden auf, westdeutsche Bundesländer organisierten Hilfsprogramme. Im Jahr 1990 gab es regelrechte Bücherkarawanen in Richtung Osten. In der anderen Richtung blieb das Interesse zurückhaltend. Ostdeutsche Bücher fanden keine Abnehmer mehr. Der Kommissions- und Großbuchhandel der DDR sah sich gezwungen, Tausende druckfrische Bücher auf einer Müllhalde bei Leipzig zu entsorgen. Viele dieser Bücher wurden gerettet, unter anderem von einem westdeutschen Pfarrer, der seine Funde in einer Bücherscheune zusammenrug und bis heute zu Lesungen einst »entsorgter« DDR-Werke einlädt – unter dem Titel »Müllliteraten lesen«.

Die Regelungen des Einigungsvertrags haben der Nationalbibliothek Stabilität ermöglicht, anders als dem privatwirtschaftlichen Verlagswesen. Die traditionsreichen Leipziger Standorte vieler namhafter Verlage, die das Graphische Viertel im Herzen der Stadt prägten, mussten im Laufe der Jahre schließen. An ihre Stelle sind kleine spezialisierte Verlage getreten. Leipzig ist Literaturstadt geblieben. Davon zeugt die Leipziger Buchmesse, die sich beim Publikum ungebrochener Beliebtheit erfreut, ebenso wie das populäre Festival »Leipzig liest« oder das Leipziger Literaturinstitut. Zu den Absolventen des Instituts zählen Clemens Meyer, Juli Zeh und Saša Stanišić, die Wurzeln in Ost- oder Westdeutschland oder sogar außerhalb Deutschlands haben, sich aber als deutsche Autoren verstehen und als solche gelesen werden.

Der grundstürzende Wandel, der Verlagshäuser, Buchhandlungen und Bibliotheken in den vergangenen 30 Jahren ergriffen hat, betrifft ganz Deutschland. Die Deutsche Einheit hat die Topografie des westdeutschen Verlagswesens verändert. Verlage aus beiden Teilen Deutschlands sind in die wiedervereinigte Hauptstadt Berlin gezogen. Vor allem hat die Digitalisierung die Bücherwelt und das Leseverhalten verändert. Oft zum Guten. Gerade Bibliotheken sind die Gewinner dieses Wandels. Niemand, der noch in Karteien nach »regierenden Substantiven« recherchierte, wird das bestreiten. Historische Texte lassen sich in digitaler Form auf Knopfdruck erschließen. Verschiedene Projekte der Nationalbibliothek zeigen, welche beeindruckenden Forschungsergebnisse sich auf diese Weise erzielen lassen – und wie neue Technologien das kulturelle Gedächtnis der Nation aktivieren.

Veränderungen ist es dennoch ausgesetzt. Die Fachdebatten vieler wissenschaftlicher Disziplinen werden mittlerweile ausschließlich in online publizierten Zeitschriften geführt – auf Englisch. Blogs und soziale Netzwerke machen traditionellen Medienhäusern die Diskurshegemonie streitig. Die Kulturtechnik des Lesens wird durch den digitalen Wandel infrage gestellt. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels schockierte vor wenigen Jahren mit einer Studie, wonach dem klassischen Buch in den vergangenen Jahren sechs Millionen Leser verloren gegangen seien. Selbst als die Corona-Pandemie das

gesellschaftliche Leben weitgehend stilllegte, hamsterten die Deutschen keine Bücher. Corona-Profitureure waren die Streamingdienste. Heinrich Riethmüller, bis zum vorigen Jahr Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, stellte unlängst fest: »Lesen ist keine Voraussetzung mehr, um am gesellschaftlichen Gespräch teilzuhaben.«

Für die politische Kultur ist das ambivalent. Das Internet demokratisiert den Zugang zu Meinungen und Informationen. Entgegen anfänglicher Hoffnungen hat es sich aber nicht zu einem Forum entwickelt, in dem sich der Habermas'sche »zwanglose Zwang des besseren Arguments« durchsetzt. Vielmehr fördert die algorithmengesteuerte Online-Öffentlichkeit gezielte Falschinformationen und verstärkt die Spaltung der Gesellschaft. Der demokratische Auftrag von Bibliotheken erhält eine neue Dringlichkeit: Sie sind gefordert als Intuitionen des freien Zugangs zu vertrauenswürdigen Quellen und geprüften Informationen.

Für Bibliophile ist der sinnliche Reiz des Buches ungebrochen – und für Bibliotheksnutzer sein praktischer Wert.

Bibliotheken müssen sich auch der veränderten Realität stellen – und den schwierigen Fragen, die sie aufwirft: Welche Äußerung in den Weiten des Internets gilt als bewahrenswert? Für eine Bibliothek, die gegründet wurde, um alles zu sammeln, was im deutschsprachigen Raum publiziert wurde, ist das eigentlich eine skandalöse Frage. Eine gescheite Antwort darauf könnte aber zu einem neuen Qualitätsmerkmal von Bibliotheken werden.

Mehr noch als die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit gibt die digitale Revolution Anlass dazu, das bibliothekarische Selbstverständnis zu überprüfen. Am radikalsten tut das Rafael Ball, der Leiter der Bibliothek der ETH Zürich, der vor vier Jahren forderte: Weg mit den Büchern! Seine Thesen stießen auf heftigen Widerspruch, obwohl er nur zuspitzte, was viele Bibliotheken ohnehin planen. Während der Corona-Einschränkungen hat der Online-Zugang den Bibliotheksbetrieb am Laufen gehalten. Nebenbei hat sich gezeigt: Die bücherlose Bibliothek ist prinzipiell möglich. Aber ist sie auch wünschenswert? Als die Deutsche Nationalbibliothek vor einigen Jahren ankündigte, vorrangig E-Books bereitstellen zu wollen, erntete sie einen Sturm der Entrüstung, in den Feuilletons und in den Lesesälen. Für Bibliophile ist der sinnliche Reiz des Buches ungebrochen – und für Bibliotheksnutzer sein praktischer Wert. Ein Verdrängungswettbewerb mit dem Kulturgut Buch ist also nicht zwangsläufig.

Im Übrigen drehte sich mein Gespräch mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels im Mai 1990 nicht nur um die Deutsche Einheit. Es ging auch um den Neubau des Frankfurter Standortes – und um ein Problem, das jeder Buchliebhaber kennt: ausufernde Bestände. 30 Jahre und mehrere Erweiterungsbauten später wird der Platz wieder knapp und zwar an beiden Standorten. Eine gute Nachricht. Die Digitalisierung ist unaufhaltsam – und für Überraschungen gut. Die digitale Bibliothek wird kommen. Und die Bücher werden bleiben.